

Beschwerde wegen Gesetzesverletzung

Betrifft: Artikel „Gegenseitige Vorwürfe - Wieder Schüsse auf Hilfesuchende in Gaza“, online auf orf.at seit 3. Juni 2025

- I. Wir, Standing Together Vienna und alle Unterzeichnenden, wenden uns mit dieser Beschwerde an Sie, da wir die Berichterstattung des ORF über den Krieg in Palästina untragbar finden. **Als beispielhafte Veranschaulichung der insgesamt einseitigen, unausgewogenen, nicht objektiven und nicht umfassenden Berichterstattung zu diesem Thema wendet sich diese Beschwerde konkret gegen den oben erwähnten Artikel auf orf.at**, welcher seit 3. Juni 2025 durchgehend abrufbar und weiterhin von anderen, auch neueren, Artikeln auf orf.at verlinkt ist.
- II. Standing Together ist ein jüdisch-arabisches, israelisch-palästinensisches Bündnis für Frieden im Nahen Osten, das sich für Dialog und Koexistenz als Mittel zur Erreichung eines gerechten Friedens einsetzt. **In dieser Rolle haben wir bereits Ende Mai 2025 den ORF in separaten Schreiben an den Publikumsrat sowie die drei ChefredakteurInnen aufgefordert, die Berichterstattung zu diesem Thema in TV, Online und im Radio im Hinblick auf unter anderem die nachstehenden Punkte zu überdenken:**
 - 1) **Die inhaltliche und sprachliche Relativierung von Kriegsverbrechen und einseitige Einordnung von Fakten**
 - 2) **Die unausgewogene Auswahl von Nachrichtenmeldung und Ungleichgewicht in der Darstellung persönlicher Schicksale**
 - 3) **Falsch verstandene Ausgewogenheit bei der Programmgestaltung und bei der Auswahl von Quellen und Standpunkten**

Dazu haben wir in unseren Schreiben vom 23. Mai 2025 an den ORF folgendes ausgeführt und möchten wir auch hier der Beschwerde über den oben genannten konkreten Online-Artikel diese Ausführungen voranstellen:

Inhaltliche und sprachliche Relativierung von Kriegsverbrechen und einseitige Einordnung von Fakten

Das Vorgehen Israels wird seit geraumer Zeit von vielen etablierten internationalen NGOs und ExpertInnen als Völkermord eingestuft und der Internationale Gerichtshof hat aufgrund der unmittelbaren Gefahr eines Völkermordes diverse provisorische Maßnahmen angeordnet.

Während britische, französische oder US-amerikanische öffentlich-rechtliche Rundfunkeinrichtungen über gut dokumentierte Kriegsverbrechen der IDF (Israelischen Streitkräfte) an der Bevölkerung Gazas

berichten, berichtete der ORF lange kaum bzw. deutlich weniger darüber. Außerdem werden Fakten darüber relativiert oder dekontextualisiert. Einerseits wurden zum Beispiel Angaben der IDF über angebliche Hamas-Kommandozentralen in Krankenhäusern unhinterfragt und unkommentiert übernommen. Die Angaben von palästinensischer Seite werden hingegen systematisch mit großen Disclaimern versehen, es handle sich hierbei um die Angaben des "von der radikal-islamischen Hamas geführten Gesundheitsministeriums", die nicht unabhängig überprüfbar seien. Eine vergleichbare kritische Einordnung fehlt bei den Angaben aus Israel völlig.

Auch in der sprachlichen Gestaltung der Meldungen stellen wir ein massives Ungleichgewicht fest - während im Zusammenhang mit den Hamas-Angriffen konsequent von einem "beispiellosen, brutalen Massaker" die Rede war, werden in der Berichterstattung über Handlungen der IDF neutrale Ausdrücke und Passivkonstruktionen verwendet, die sowohl die Täter als auch die Auswirkungen unerwähnt lassen (z.B. werden von israelischer Seite "Ziele angegriffen" und hat der "Konflikt 'xy' Todesopfer gefordert"). Als Israel erneut begann, humanitäre Hilfslieferungen in den Gazastreifen zu blockieren, wurde diese Meldung als "Israel stoppt Hilfslieferungen nach Gaza" titeliert und auch im Text nicht klargestellt, dass es sich hierbei keineswegs um die Einstellung von Hilfslieferungen von Israel an Gaza handelt (was die Formulierung suggeriert), sondern Hilfslieferungen der UNO und internationaler NGOs in einer eklatanten Verletzung grundlegender Normen des humanitären Völkerrechts von Israel *aufgehalten* werden. Auch nach über zwei Monaten totaler Blockade durch Israel war in der ZIB lapidar vom "Ausbleiben" der Hilfslieferungen die Rede, ohne dass die Ursache erwähnt wird.¹

Unausgewogene Auswahl von Nachrichtmeldungen und Ungleichgewicht in der Darstellung persönlicher Schicksale

Wenn die UNO-Sonderberichterstatterin zur menschenrechtlichen Situation in den besetzten palästinensischen Gebieten an der Uni Wien vorträgt, wird nicht über den Inhalt ihres Vortrages berichtet, sondern darüber, dass die jüdische HochschülerInnenschaft und die IKG (Israelitische Kultusgemeinde) diesen Vortrag als antisemitisch bezeichneten. Einzelschicksalen auf israelischer Seite werden emotionale Radio-, TV- und schriftliche Beiträge gewidmet, während PalästinenserInnen so gut wie nie selbst zu Wort kommen und damit eine entmenslichte Masse bleiben.

Wenn es dann vereinzelt positive Ausnahmen, wie die Dokumentation "Gaza-Krieg - Hölle auf Erden" des Weltjournals gibt, wird diese - vermutlich nicht zufällig nach einer Beschwerde durch die IKG (die Darstellung palästinensischen Leidens fördere die jüdenfeindliche Stimmung) - aus der TV-Thek entfernt.

Falsch verstandene "Ausgewogenheit" in der Berichterstattung bei der Programmgestaltung und bei der Auswahl von Quellen und Standpunkten.

Bemerkenswert finden wir auch die eigene Aussage des ORF, dass sich im ORF-Programm nur drei Produktionen direkt aus dem Gazastreifen finden, die einer "Vielzahl von Programmen aus israelischer Sicht" gegenüberstehen.² Abgesehen davon, dass daraus abzuleiten ist, dass auch dem ORF selbst seine überwiegende Berichterstattung "aus israelischer Sicht" bewusst ist, lehnen wir dieses Framing grundsätzlich ab: Eine "ausgewogene" Berichterstattung, wie im ORF-Gesetz vorgesehen, ergibt sich nicht aus einem quantitativ ausgeglichenen Wiedergeben verschiedener "Perspektiven", wenn diese nicht den Tatsachen entsprechen. Diese falsch verstandene "Ausgewogenheit" würde bei anderen

¹ ZIB100 vom 5. Mai 2025

² Siehe: <https://www.derstandard.at/story/3000000265521/orf-traegt-zu-judenfeindlicher-stimmung-bei-israelitische-kultusgemeinde-geht-gegen-weltjournal-vor>

Themen, z.B. dem Klimawandel, bedeuten, dass jedem Interview mit einer KlimaforscherIn Argumente eines Klimawandelleugners gegenübergestellt werden müssten, was selbstverständlich nicht praktiziert wird. Zum Thema Klimawandel oder COVID gewichtet der ORF also auch nach Glaubwürdigkeit und Repräsentanz. Der ORF als öffentlich-rechtlicher Sender muss unparteiisch und faktenbasiert berichten.

III. Im vorliegenden Fall des eingangs erwähnten Artikels („Gegenseitige Vorwürfe - Wieder Schüsse auf Hilfesuchende in Gaza“) finden sich alle oben ausgeführten Elemente wieder:

- Bereits im einleitenden Satz („*Der von Israel und den USA organisierte neue Hilfsmechanismus in Gaza funktioniert weiter nicht*“) wird die verharmlosende Darstellung der Ereignisse deutlich. Es wird suggeriert, dass Israel wohlwollend Hilfe „organisiere“, diese sich aber aufgrund administrativer Probleme schwierig gestalten. Es fehlt jegliche Erwähnung, dass den aktuellen Ereignissen eine zum damaligen Zeitpunkt bereits fast dreimonatigen vollständigen Blockade von Hilfslieferungen nach Gaza durch Israel vorangegangen war, die einen eklatanten Völkerrechtsbruch darstellt. Zudem mangelt es völlig an einer Einordnung des beschriebenen „Hilfsmechanismus“, der als privatisierte und von einer der kriegführenden Parteien kontrollierte Ausgabe von Hilfsgütern in an wenigen Orten konzentrierten Lagern erfolgt, während die Organisation von humanitärer Hilfe durch die Vereinten Nationen und/oder humanitäre NGOs durch Israel verhindert wird, was ebenfalls einen offensichtlichen Bruch basalster Regeln des humanitären Völkerrechtes darstellt. Stattdessen wird die Situation unkommentiert als „Hilfsmechanismus“ bezeichnet und werden in weiterer Folge lediglich die Probleme bei dessen Abwicklung erörtert.
- Das Handeln Israels wird durchgehend als „militärisches Vorgehen“ bezeichnet, ohne jegliche Einordnung als völkerrechtswidriges Verhalten bzw. ohne Erwähnung der möglichen Qualifikation als Kriegsverbrechen, Verbrechen gegen die Menschlichkeit, etc. Es werden keinerlei Quellen oder ExpertInnen zitiert, die darauf hinweisen, dass es sich eventuell um ein nicht legitimes Vorgehen Israels handeln könnte. Dem gegenüber steht der notorisch jeder Berichterstattung zum Thema voran- oder nachgestellte Absatz, der Israels Vorgehen als „Reaktion auf den beispiellosen Überfall der Hamas“ beschreibt.
- Im gesamten Abschnitt unter der Unterüberschrift „*Israel will Hamas wirtschaftlich abschnüren*“ erfolgt eine unkommentiert übernommene Wiedergabe der Darstellungen der Israelischen Streitkräfte und damit eine Rechtfertigung von offenkundig völkerrechtswidrigen Handlungen Israels. Gleichzeitig wird der Anschein einer neutralen Berichterstattung erweckt, da die Schilderungen nicht als Zitate aus offiziellen israelischen Quellen gekennzeichnet sind. Inhaltlich wird ausgeführt, Israel versuche mit der (hier nun erstmals erwähnten) „fast dreimonatigen Totalblockade von Hilfslieferungen [...] die Hamas zum Einlenken zu zwingen“ und der sogenannte „neue Hilfsmechanismus“ diene dazu, „den Zugriff der Hamas auf Lieferungen völlig ausschließen und sie so zusätzlich wirtschaftlich unter Druck setzen, da der militärische

Druck allein bisher nicht zum Ziel, der Zerstörung der Hamas und der Befreiung der verbliebenen 58 Geiseln, führte.“ Eine Totalblockade von Hilfsgütern für die gesamte Bevölkerung des Gazastreifens wird lapidar als Tatsache (ohne Qualifikation als zumindest Kriegsverbrechen) erwähnt und in Verbindung mit der ebenfalls unkommentierten Wiedergabe der von Israel angegebenen Ziele („Hamas zum Einlenken zwingen“) als legitime Kriegsstrategie suggeriert. Die von Israel kontrollierte Ausgabe von humanitärer Hilfe durch den „Hilfsmechanismus“ wird ebenfalls mit den von Israel kommunizierten Kriegsstrategien - ohne weitere Ausführungen - erklärt und damit als legitim vermittelt. Es fehlt an jeglicher kritischen Einordnung der israelischen Darstellungen. Dass das gezielte Blockieren von Hilfslieferungen ein schweres Kriegsverbrechen ist und Tatbegehungsform eines Völkermords sein kann, bleibt zum Beispiel gänzlich unerwähnt.

- Im darauffolgenden Abschnitt unter der Unterüberschrift *„Hilfe soll Menschen auf wenige Plätze konzentrieren“* folgt eine Bewertung der Situation, deren Quellen nicht angeführt sind und somit wohl als Meinung des Verfassers zu verstehen sind. Da es sich beim gegenständlichen Artikel um eine Nachrichten-Meldung, nicht um einen Kommentar handelt, ist diese Einstreuung einer persönlichen Meinung völlig unangebracht und unseriös. Die aufgestellte Behauptung (von der Ermordung von ZivilistInnen bei der Essensausgabe profitiere jedenfalls die Hamas, egal wer dafür verantwortlich sei) wird außerdem nicht einmal schlüssig argumentiert (inwiefern ist es von Vorteil für die Hamas, dass die Zivilbevölkerung vom Aufsuchen der Essenverteilung abgeschreckt werden?). Auch wird hier suggeriert, dass nicht feststellbar sei, von wem die Schüsse ausgingen, es tue aber auch nichts zur Sache, da ja auch eine mögliche Erschießung von ZivilistInnen durch israelische SoldatInnen hauptsächlich der Hamas helfe und eine nähere Beurteilung, ob Israel eventuell gezielt auf hungernde ZivilistInnen schießt, daher müßig sei. Die gezielte Erschießung von ZivilistInnen wird somit zynischerweise nicht als schwere Menschenrechtsverletzung und zu verurteilende Tatsache präsentiert, sondern wird dieser Umstand völlig entmenslicht bloß als ärgerliche (angebliche) strategische Stärkung der Hamas diskutiert.
- Im nächsten Abschnitt unter der Unterüberschrift *„UNO und Israel zunehmend im Clinch“* werden die Aufforderungen an Israel, humanitäres Völkerrecht einzuhalten und die Begehung schwerster Verbrechen nach internationalem Strafrecht zu beenden bzw. zu unterlassen buchstäblich als „Streit“ (bzw. noch salopper wie im Titel – als „Clinch“) zwischen den Vereinten Nationen und der israelischen Regierung bezeichnet. Dadurch wird das Gefühl erweckt, die Einhaltung der grundlegendsten Normen der regelbasierten Weltordnung sei legitimerweise Gegenstand einer Diskussion zwischen zwei Parteien, die eben unterschiedliche Ansichten zum Thema hätten. Der Sicht Israels wird in diesem Abschnitt außerdem gleich viel Raum und Gewicht gegeben, wie den VN, d.h. der Weltorganisation aller (anderen) Staaten. Zuletzt wird im beschriebenen Abschnitt noch eine Ansicht von „Kritikern Israels“ widergegeben. Statt anzuführen, wer diese Ansicht vertritt (z.B. VölkerrechtsexpertInnen, Menschenrechts-NGOs...)

werden diese pauschal zu „Kritikern [des Staates] Israels“ zusammengefasst, was sowohl ihren ExpertInnenstatus untergräbt als auch das Narrativ bedient, dass all jene, die die Einhaltung von Völkerrecht einmahnen und/oder das Handeln der israelischen Regierung kritisieren, automatisch KritikerInnen des gesamten Staates sei. Vor allem vor dem Hintergrund der stark forcierten IHRA-Definition von Antisemitismus, deren Anwendung in der Praxis öfters legitime Kritik am Staat Israel mit Judenfeindlichkeit vermischt, wirkt diese Verkürzung stark tendenziös.

IV. Zum Vergleich mit dieser Berichterstattung zeigen folgende Berichte anderer öffentlich-rechtlicher oder etablierter Medienhäuser aus dem Ausland über dieselben Ereignisse eine deutliche Diskrepanz in der Qualität und Ausgewogenheit:

- **BBC News** (Link: [<https://www.bbc.com/news/articles/c2lkwz0y5n0o>]) Die BBC beleuchtet umfassend die verschiedenen Seiten der Geschichte, präsentiert sowohl die israelische Darstellung als auch die palästinensischen und UN-Berichte über Schüsse und Gewalt gegen die Zivilbevölkerung, unterteilt hierbei aber klar zwischen Konfliktparteien und unabhängigen Beobachtern. Es werden mehrere ZeugInnenaussagen zitiert, sowie ÄrztInnen von NGOs. Die Aussagen der IDF werden mit früheren Aussagen kontrastiert und das mangelhafte Verteilungssystem der sogenannten „Gaza Humanitarian Foundation“ GHF mit dem bisherigen durch NGOS verglichen.
- **Franceinfo** (Link: [https://www.franceinfo.fr/monde/palestine/gaza/gaza-27-personnes-tuees-par-des-tirs-israeliens-pres-d-un-site-d-aide-humanitaire-l-onu-denonce-des-crimes-de-guerre_7289268.html]) Franceinfo spricht eingangs von einem „Massaker“ und stellt die Behauptung einer „Untersuchung“ durch die IDF in Anführungszeichen. Der Vorwurf sei durch das Internationale Rote Kreuz bestätigt, heißt es weiter. Die UNO wird als Autorität angeführt, die von „Kriegsverbrechen“ spricht. Das Aushungern der 2.4 Millionen PalästinenserInnen in Gaza wird als Fakt angeführt.
- **SRF** (Link: [<https://www.srf.ch/news/international/nahost/tote-bei-essensausgabe-was-ist-in-gaza-bei-der-essens-ausgabestelle-geschehen>]) Der SRF-Artikel ist zwar weniger explizit in seinen Formulierungen als die vorhin genannten Beispiele, zeigt jedoch, wie man selbst bei zugelassenen Zweifeln an einzelnen Angaben aus Gaza einen umfassenden und kontextualisierten Überblick bieten kann. Die Intransparenz der GHF wird aufgezeigt, um einen Hintergrund für Kritik an ihr zu bieten. Auch Narrative der IDF werden anhand von Fakten analysiert.

V. **Als Österreichs öffentlich-rechtlicher Sender hat der ORF gemäß § 10 Abs 5 ORF-Gesetz ein Mandat zur unabhängigen, umfassenden und objektiven Berichterstattung.** Die Berichterstattung insgesamt zur Situation in Israel und Palästina, dem Handeln des israelischen Staates und dem Vorgehen der israelischen Armee in Gaza und dem Westjordanland verletzt diese gesetzlichen Vorgaben, da durch die oben ausgeführten Praktiken (inhaltliche und sprachliche Relativierung von Kriegsverbrechen, einseitige Einordnung von Fakten, unausgewogene Auswahl von Nachrichtenmeldung und Ungleichgewicht in der Darstellung persönlicher Schicksale, falsch verstandene Ausgewogenheit bei der Programmgestaltung und bei der Auswahl von Quellen und Standpunkten) dem Publikum ein oberflächliches, einseitiges, stark verzerrtes Bild der tatsächlichen Situation vermittelt wird. **Dies verletzt nicht nur Gebote der journalistischen**

Ethik und die Minimalanforderungen journalistischer Qualitätsstandards, sondern verletzt auch § 10 Abs 5 ORF-Gesetz.

In concreto erheben wir – als beispielhafte Veranschaulichung dieser tendenziösen Berichterstattung – Beschwerde gegen den oben genannten orf.at-Artikel („Gegenseitige Vorwürfe - Wieder Schüsse auf Hilfesuchende in Gaza“). Die einzelnen Beschwerdepunkte, die in ihrer Gesamtschau eine nicht objektive Darstellung der im Artikel geschilderten Ereignisse belegen, sind unter Punkt III. ausgeführt.

Als kritische Juden und Jüdinnen, als PalästinenserInnen und Menschen jedweder Herkunft und religiöser Überzeugung, die in Österreich leben und mit ihrer Haushaltsabgabe die Unabhängigkeit des ORF garantieren sollen, fordern wir den ORF auf, im Hinblick auf die Berichterstattung zum Nahen Osten ebendieses Mandat zur unabhängigen, umfassenden und objektiven Berichterstattung sowie seine gesellschaftliche Rolle als “public watchdog” der Politik zu erfüllen.

Wir bitten die KommAustria dringend, diesen Fall zu prüfen und die Einhaltung der gesetzlichen und ethischen Anforderungen an den öffentlich-rechtlichen Rundfunk durch den ORF sicherzustellen. Es ist von entscheidender Bedeutung, dass der ORF seinem Auftrag, insbesondere in hochsensiblen internationalen Konflikten, in vollem Umfang nachkommt.

Für Rückfragen stehe ich Ihnen jederzeit gerne zur

Verfügung. Mit freundlichen Grüßen,

[Name einer Vertreterin von Standing Together Vienna]

für

Standing Together Vienna

sowie die Unterzeichnenden